

Geht man nun davon aus, dass die EU-Kommission abermals das strukturelle Defizit im Ausmaß ihres durchschnittlichen Prognoseschätzfehlers der letzten fünf Jahre überschätzt, so ist sowohl für 2016 als auch 2017 mit einem Ergebnis von 0,3 % des BIP zu rechnen – also einer weiteren Übererfüllung der Europäischen Fiskalregeln. Unsere Empfehlung für die EU-Kommission lautet daher: Rasche Evaluierung der Prognosequalität und der Ursachen für die massiven Prognosefehler, Verbesserung der Prognosetechnik oder zumindest Berücksichtigung der hohen Prognoseunsicherheit, die bis zu einem gewissen Grad modellbedingt sind. Bei Politikempfehlungen müssen **im Zweifelsfall wohlstandsorientierte Maßnahmen der Wirtschaftspolitik** – wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder das Bemühen um sozialen Ausgleich – **Vorrang** gegenüber wohlstandshemmender restriktiver Regel(über)erfüllung haben.

### 3.2.2 Weitere gesamtstaatliche Budgeteckwerte

Sowohl die gesamtstaatlichen Einnahmen- also auch die **Ausgabenquote** sollen im Analysezeitraum **wieder unter 50 % des BIP** sinken. Neben dem nach wie vor sehr niedrigen Zinsniveau liegen die wesentlichen Gründe für diese Entwicklung zum einen in der expansiven einnahmenseitigen Fiskalpolitik (Steuerreform) und zum anderen an der wirtschaftlichen Erholung: Da die Ausgaben in konjunkturell besseren Zeiten automatisch schwächer wachsen als die Wirtschaft während sich die Einnahmen parallel entwickeln, geht die Ausgabenquote kontinuierlich zurück, während die **Einnahmenquote** nach vollständiger Implementierung der Steuerreform 2017 **konstant** bleibt.

**Abbildung 8: Gesamtstaatliche Einnahmen und Ausgaben im Überblick 2015-2020**

Eckwerte der staatlichen Haushalte, in % d. BIP	2015	2016	2017	2020	Vgl. 2020 geg. 2015*	Effekt pol. MN 2020*
Staatseinnahmen	50,6	49,4	49,2	49,2	-1,4	-0,6
<i>davon Steuern und Abgaben</i>	43,9	42,9	42,7	43,0	-0,9	<i>n.verf.</i>
<i>Produktions- und Importabgaben</i>	14,5	14,7	14,4	14,1	-0,4	0,3
<i>Einkommens- und Vermögenssteuern</i>	14,3	13,2	13,2	13,8	-0,5	-1,0
<i>Sozialbeiträge</i>	15,5	15,5	15,5	15,6	0,1	0,1
<i>Vermögenseinkommen</i>	0,9	0,9	0,9	0,8	-0,1	0,0
Staatsausgaben	51,7	51,0	50,6	49,6	-2,1	-0,3
<i>Arbeitnehmerentgelt</i>	10,7	10,6	10,5	10,3	-0,4	-0,1
<i>Sozialleistungen</i>	23,5	23,8	23,7	23,7	0,2	0,0
<i>davon für Arbeitslosenunterstützung</i>	1,5	1,6	1,7	1,7	0,2	<i>n.verf.</i>
<i>Zinszahlungen</i>	2,4	2,2	2,1	1,7	-0,7	0,0
<i>Subventionen</i>	1,4	1,4	1,4	1,4	0,0	-0,1
<i>Bruttoanlageinvestitionen</i>	3,0	2,9	3,0	2,9	-0,1	-0,1
<i>Vermögenstransfers</i>	1,3	0,9	0,9	0,8	-0,5	0,0
gesamtstaatlicher Maastricht-Saldo	-1,2	-1,6	-1,5	-0,4	0,8	-0,3

Quelle: BMF (Stabilitätsprogramm), eigene Darstellung. \*Aufgrund von Rundungsdifferenzen inkl. +/-0,1 pp. Ungenauigkeit (bei Staatseinnahmen bzw. -ausgaben insgesamt und beim Saldo auch darüber).

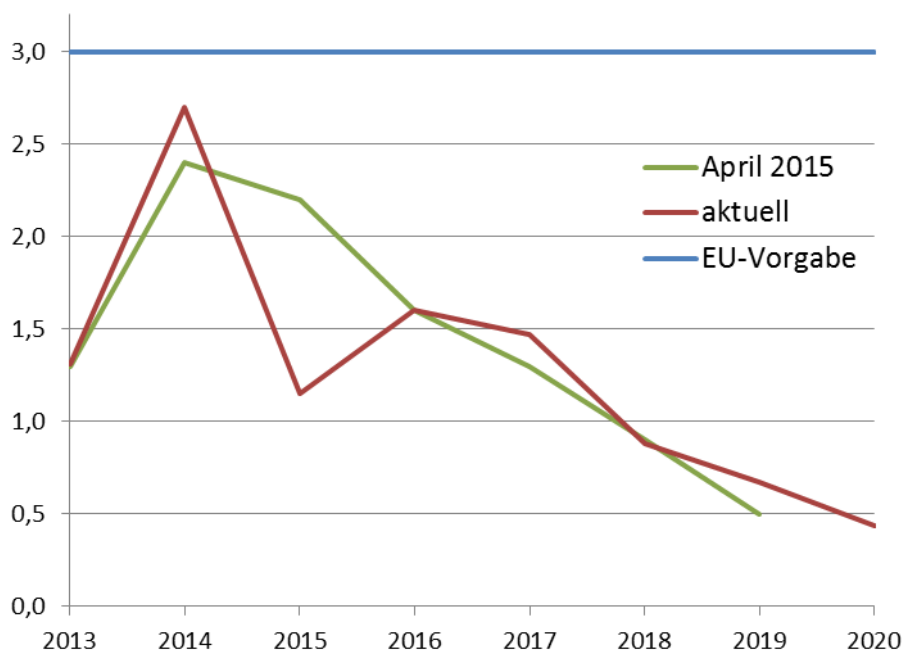
Dem Stabilitätsprogramm, das die Bundesregierung im Rahmen des sogenannten europäischen Semesters an die Europäische Kommission meldet, sind detaillierte Informationen zur gesamtstaatlichen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung zu entnehmen. Interessant ist insbesondere die Unterscheidung zwischen der Entwicklung ohne (no policy change) und mit neuen politischen Maßnahmen. Vergleicht man diese beiden Tabellen (in obiger Abbildung lediglich für 2020 in der letzten Spalte ausgewiesen), so ergeben sich deutliche Abweichung vor allem durch die Steuerreform, die eine deutliche Verschiebung der Einnahmenstruktur von Einkommensteuern auf Produktions- und Importabgaben bedeutet. Die wichtigste Einnahmenkomponente bleiben nach wie vor die Sozialbeiträge, die durch das anhaltende Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sowie forcierte Betrugsbekämpfung stärker als die Wirtschaftsleistung steigen.

Ausgabenseitig zeigt sich, dass ein kleinerer Teil des Rückgangs der Staatsausgabenquote auch durch politische Maßnahmen erzielt wird. Die Nachvollziehbarkeit ist hier allerdings beschränkt, da die Maßnahmen nicht erläutert werden. Das trifft erstens die Personalausgaben. Ausgewiesene Einsparungseffekte stehen hier der Ankündigung entgegen den Personalstand deutlich aufzustocken (Polizei, Militär, Schulen, AMS etc). Zweitens ist nicht nachvollziehbar, wie die Kürzungen bei den Investitionen zu Stande kommen. Gerade angesichts ihrer besonderen Bedeutung (vgl Abschnitt 3.1) sollten diese ausgeweitet statt gekürzt und jedenfalls die Maßnahmen genauer erläutert werden. Am Rande sei erwähnt, dass entgegen mancher öffentlich geäußerten Meinung, die von den Pensionen dominierte Sozialleistungsquote künftig sogar etwas zurückgehen wird. Zweifel an der Nachhaltigkeit des Sozialsystems oder gar eine Notwendigkeit zur Kürzung sind insofern anhand der Datenlage nicht nachvollziehbar.

Die sich aus Einnahmen- und Ausgabenquote ergebende Differenz – das **Maastricht-Defizit** – geht **ab 2017 kontinuierlich zurück**. Zuvor steigt es kurzfristig gegenüber 2015 aufgrund der expansiven Ausrichtung. Korrigiert man das Maastricht-Defizit um die nach wie vor defiziterhöhende Wirkung des Bankenpakets, so zeigt sich, dass angesichts der Arbeitsmarktmisere schon überraschend niedrige Niveau: Ein Defizit von 0,6 % des BIP wurde zuletzt als „Nulldefizit“ von der schwarzblauen Regierung im Jahr 2001 gefeiert<sup>2</sup> – allerdings bei rekordhoher Abgabenquote, zahlreichen Einmaleffekten und einer geringeren Arbeitslosigkeit.

Das günstige Maastricht-Ergebnis und ein anhaltend niedriges Zinsniveau sollten es möglich machen, den **im Vorjahr geplanten Budgetpfad weitgehend zu halten** – trotz Mehrausgaben in Zusammenhang mit der höheren Arbeitslosigkeit, der Aufstockung von Militär, Polizei, Schulen und AMS sowie der verstärkten Zuwanderung schutzsuchender Menschen. Für 2019 wird nun aufgrund etwas ungünstigerer Annahmen in Bezug auf Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit sowie Lohn- und Gehaltssumme ein etwas höheres Defizit ausgewiesen.

**Abbildung 9: Maastricht-Defizitpfad gemäß aktuellem und dem letztjährigem Strategiebericht**



Quelle: BMF, Statistik Austria.

<sup>2</sup> Das ursprüngliche Ergebnis einer „schwarzen Null“ wurde zwischenzeitlich mehrfach revidiert, sodass der vergleichbare, nach aktuellen Methoden erhobene Wert für 2001 von der Statistik Austria mit -0,62 % des BIP ausgewiesen wird.

Betrachtet man den Defizitpfad getrennt für Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen, erscheint der gesamtstaatliche Budgetpfad jedoch weniger realistisch. Nachdem ein relevanter Teil der zusätzlichen Ausgaben für die Versorgung und Integration von Flüchtenden insbesondere auf Ebene der Länder anfällt und gleichzeitig die Steuerreform zu einer schwächeren Dynamik bei den Ertragsanteilen führt, dürfte sich ihr Maastricht-Saldo sowohl heuer als auch 2017 verschlechtern. **Länder und Gemeinden** haben ihren **fiskalpolitischen Spielraum** gemäß innerösterreichischem Stabilitätspakt in der Vergangenheit nur zum Teil genutzt, eine expansivere Ausrichtung wäre rechtlich gedeckt. Das gilt insbesondere für 2017: Länder und Gemeinden könnten nach derzeitigem Planungsstand ihre Ausgaben regelkonform um gut 0,2 % des BIP erhöhen. Wirtschaftspolitisch wäre dies durchaus wünschenswert, sind doch die Länder für viele der sozialen Dienstleistungen und die Gemeinden für einen gewichtigen Teil der gesamtstaatlichen Investitionen verantwortlich. Das gilt im besonderen Maße für Wien, wo angesichts des starken Bevölkerungszuwachses ein entsprechend hoher Investitionsbedarf bzw. Zuwachs der öffentlichen Ausgaben notwendig ist.<sup>3</sup>

Als Folge des aktuellen Defizitpfades kann auch die – wenig aussagekräftige – Bruttoschuldenquote des Staates erstmal seit 2013 wieder gesenkt werden (zumindest falls keine weiteren Überraschungen bei den Banken auftreten). Ähnlich verhält es sich mit der aussagekräftigeren **Nettoschuldenquote**, also der Staatsverschuldung abzüglich der Finanzguthaben der öffentlichen Haushalte, die ebenfalls kontinuierlich **sinkt**. In Bezug auf die eigentlich interessante Frage nach dem öffentlichen Gesamtvermögen – also inklusive Immobilienvermögen, Infrastruktur, Finanzvermögen etc – sind leider immer noch keine Daten verfügbar. Lediglich für den Bund, auf den der mit Abstand größte Teil der Staatsverschuldung entfällt, liegen Daten vor, die ein negatives Vermögen ausweisen. Welche Konsequenzen die aktuelle Budgetplanung hat, wird in den Unterlagen des BMF allerdings nicht dargestellt. Ob mit der Haushaltsrechtsreform der Länder und Gemeinden ab 2020 gelingt, zumindest vergangenheitsbezogen gesamtstaatliche Daten zu erheben, bleibt abzuwarten. Vieles spricht dafür, dass das Netto-Gesamtvermögen des Staates in Österreich, das sich basierend auf Schätzungen des WIFO im Jahr 2000 auf etwa 60 % des BIP belief, insgesamt positiv ist.

### 3.2.3 Analyse des mittelfristigen Budgetpfades

Für die Beurteilung der Budgetstrategie lohnt es sich einen Blick auf die Struktur des Budgetdefizits der Vergangenheit zu werfen. Die letzten Jahre waren von den Problemen des Bankensektors, dem Wirtschaftseinbruch 2009 sowie der durch die europäischen Austeritätspolitik ausgelösten schlechten wirtschaftlichen Entwicklung geprägt. Diese Faktoren sollten in der Analyse auseinandergelassen werden. Für diesen Zweck zerlegen wir das Maastricht-Defizit in drei Teile:

- das strukturelle Defizit als die gestaltbare Größe der Fiskalpolitik (zumindest wenn man von den zT erheblichen methodischen Messproblemen absieht)
- die Kosten für den Bankensektor gemäß Eurostat
- eine weitgehend nicht gestaltbare Restgröße, die zum Großteil vom geschätzten Konjunkturreffekt bestimmt wird

Betrachtet man nun die Entwicklung des Maastricht-Defizits der Jahre 2010 bis 2020, so zeigen sich zunächst die beträchtlichen Belastungen durch die Banken – allen voran durch die Hypo –, die in jedem Jahr zu einer Erhöhung des Defizits führten. Anhand des strukturellen Defizits zeigt sich die **recht erfolgreiche Budgetstrategie der Vergangenheit**. Nachdem die Bundesregierung in der Wirtschaftskrise das Defizit aktiv zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage – und damit der Beschäftigung – vergrößerte, begann sie mit der wirtschaftlichen Erholung eine im europäischen Vergleich maßvolle Konsolidierung.

<sup>3</sup> Vgl: Himpele, Klemens (2014): <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/wachsende-stadt-in-zeiten-des-sparens/>